Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Belegexemplare 40 Pf.

Nr. 278 | Dresden, Mittwoch den 30. November 1921 | 32. Jahrg.

Alljährliche Weltkonferenzen

Präsident Harding hat den ausländischen Delegationen [illegible] den Vorschlag gemacht, die gegenwärtige Konferenz in eine permanente und alljährliche umzuwandeln. Der Daily Telegraph erfährt aus Washington, daß der neue Plan des Präsidenten Harding dahin gehe, eine freie Vereinigung der Völker zu bilden, und zwar nicht auf der Grundlage des Versailler Vertrags, sondern auf der Grundlage des Haager Abkommens. Es erscheine jedoch ausgeschlossen, daß diese Konferenz vor 1922 im Haag (?) zusammentreten könne.

Auch gewinnt es immer mehr den Anschein, daß man in Washington sich doch noch eingehend mit den europäischen Fragen beschäftigen wird, sowie mit den Finanz- und Reparationsfragen.

Die Franzosen scheinen ihre ablehnende Haltung gegen eine Zulassung Deutschlands zu den Beratungen etwas gemildert zu haben. Sie machen ihre Zustimmung von gewissen Bedingungen abhängig. So verlangen sie, die Amerikaner sollen ihnen bei der Eintreibung der deutschen Schulden helfen. Viviani sprach in einer Rede über die Möglichkeit, ob Deutschland später an der Washingtoner Konferenz teilnehmen könne, und sagte:

Noch könne er nicht sehen, welche Fragen unter den Beratungsgegenständen Deutschland betreffen. Es habe keine besonderen Interessen in Washington, da seine Land- und Seerüstung durch den Versailler Vertrag festgesetzt worden sei und diese Konferenz die Revision des Vertrags nicht erwägen werde.

Auch glaubt man, daß Frankreich seine Haltung ändern wird, wenn die deutschen Reparationen mit den französischen Schulden an die Vereinigten Staaten verknüpft werden.

Bezüglich Chinas haben die Vertreter der neun Mächte eine Entschließung zugunsten der Aufgabe der Vorrechte der fremden Nationen in der Verwaltung Chinas mit Inkrafttreten vom 1. November 1923 an angenommen. Der Vertreter Japans machte Vorbehalte über das Datum, da er erst Weisungen seiner Regierung einholen wolle.

Doch hat China neue Forderungen aufgestellt, die in der nächsten Sitzung der Kommission für den fernen Osten beraten werden sollen:

1. Aufhebung aller ausländischen Polizeieinrichtungen, 2. Auflösung der fremdländischen Polizeitruppen, 3. Aufhebung aller ausländischen Telegraphenämter und Funkstationen.

Gegen Wucher und Schleichhandel

Berlin, 30. November. Das Reichskabinett hat, wie halbamtlich mitgeteilt wird, am Dienstag unter Teilnahme der preußischen Minister seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage beendet. In Verschärfung der Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers wird den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, die die Veröffentlichung sämtlicher Verurteilter wegen Schleichhandels und Preistreiberei durch die Presse vorsieht. Bei Verurteilten wegen schweren Falles (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehen. Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, denen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfungsstellen werden neuerdings zu entschlossenem Vorgehen gegen den Wucher angehalten. Zur Besserung der Milchversorgung werden 100 Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Versorgung besonders Not leidet. Von den 100 Millionen Mark sollen tunlichst je ein Drittel die in Betracht kommenden Länder und Gemeinden aufbringen. Nur den Gemeinden, die dazu nicht in der Lage sind, soll in der Verwendung der Mittel freie Hand gelassen werden, jedoch sind die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß sich insbesondere der Ankauf von Futtervorräten, namentlich von ausländischem Kraftfutter, und die verbilligte Abgabe dieses Futters an die Kuhhalter empfiehlt.

Die Oedenburger Abstimmung

Wien, 29. November. In der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die kurz nach 10 Uhr vormittags begann, berichtete Bundeskanzler Schober über die von ihm seit der letzten Ausschußsitzung fortgesetzten Bemühungen, das Protokoll von Venedig durch Bestimmungen zu ergänzen, die eine unbeeinflußte Volksabstimmung im Oedenburger Gebiet zu gewährleisten geeignet seien. Der Kanzler erörterte in eingehender Weise die Schwierigkeiten, die sich bei diesen Verhandlungen ergaben, weil die in Betracht kommenden Unterzeichner des Protokolls von Venedig ursprünglich nicht in der Lage waren, eine Ergänzung des Protokolls zuzulassen, bis es schließlich gelang, die Interalliierte Generalkommission zu bewegen, die Abstimmungsmodalitäten festzulegen, die den Wünschen Oesterreichs einigermaßen Rechnung tragen. Nun konnte die Botschafterkonferenz die Räumung aller ungarischen Truppen und Zurückziehung aller ungarischen Gendarmen anordnen. Der Bundeskanzler war in der Lage, dem Ausschuß zu berichten, daß, wenn auch hinsichtlich des Ersatzes der abziehenden ungarischen Organe eine offizielle Verständigung an die österreichische Regierung noch nicht erlangt ist, doch die vorläufige Antwort der Botschafterkonferenz an den österreichischen Gesandten in Paris dafür spreche, daß schon in den allernächsten Tagen an Stelle der ungarischen Truppen und Gendarmen eine aus Engländern, Italienern und Franzosen zusammengesetzte Truppe den Dienst im Abstimmungsgebiet übernehmen wird. Bezüglich der Uebernahme des Burgenlandes, soweit es nicht Abstimmungsgebiet ist, in die österreichische Verwaltung, konnte der Bundeskanzler dem Ausschuß berichten, daß die Besetzung sich erfreulicherweise bisher reibungslos und ohne Opfer vollzogen hat und daß, wenn sich nicht unvorhergesehene Hindernisse ergeben, alle Voraussetzungen dafür vorhanden sind, daß das ganze Burgenland schon in kürzester Zeit übernommen und kurz darauf von der österreichischen Verwaltung endgültig organisiert wird.

Wie die Blätter erfahren, werden die interalliierten Truppen für das Oedenburger Abstimmungsgebiet zu gleichen Teilen aus Italienern, Franzosen und Engländern bestehen und den interalliierten Kontingenten in Oberschlesien entnommen werden. Der Zeitpunkt des Abtransportes aus Oberschlesien nach Oedenburg ist noch nicht bekannt.

Ungarischer Terror

Wien, 30. November. Der von den Ungarn verhaftete und durch die Intervention der Generalkommission wieder in Freiheit gesetzte österreichische Abstimmungskommissar Steinacher gewährte dem Sonderberichterstatter der Telegraphenunion eine Unterredung. In dieser erzählte er, daß er trotz seiner amtlichen Eigenschaft als österreichischer Abstimmungskommissar von einem Ungarn der Entente als pangermanischer Agitator denunziert wurde. Nach seiner Freilassung und der Zusicherung ungehinderter Abreise seitens der Generalkommission wurde er auf dem Bahnhof neuerdings insultiert. Sein Gepäck wurde durchwühlt und alle Privatpapiere wurden ihm abgenommen. Als er sich auf das freie Geleit berief, das die Generalkommission ihm zugesagt hatte, schrie ihn ein ungarischer Beamter an: Das ist uns einerlei, hier ist Ungarn! Steinacher wird in den nächsten Tagen wieder nach Oedenburg zurückkehren. Die Stimmung der Bevölkerung beurteilt er als günstig. Das Ergebnis der Abstimmung würde nur durch die Angst vor ungarischen Uebergriffen und die Nachwirkung der Bandenherrschaft bedroht. Die ungemein schwierige und mit Lebensgefahr verbundene Arbeit der Abstimmungskommissare würde durch eine moralische Unterstützung der reichsdeutschen Presse politisch und persönlich erleichtert werden.

Die Interalliierte Generalkommission

Oedenburg, 30. November. In Oedenburg ist die ungarische Verwaltung noch völlig intakt. Die Generalkommission hält so gut wie keine Sitzungen ab, da die Vertreter meist von ungarischen Adligen zu Gelagen und Jagden eingeladen sind. Der Vorsitzende, General Ferrario, ist ein nervöser Herr, der der Lage kaum gewachsen sein dürfte. Oberst Gordon, der englische Vertreter, läßt sich nicht sehen, und die Haltung des französischen Vertreters Goutier dem Deutschtum gegenüber kann man sich vorstellen.

Die Parteikämpfe in Ungarn

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung zeigen, daß seit dem mißglückten Königsputsch Karls die politische Lage sich immer mehr zuspitzt. Dem Grafen Bethlen ist es trotz angestrengten zweiwöchentlichen Bemühungen nicht gelungen, eine einheitliche Regierungspartei zustande zu bringen. Im Gegenteil hat sich die christlichnationale Partei gespalten; während der gemäßigte Flügel nach wie vor die Politik Bethlens unterstützt, sind die entschiedenen Legitimisten in die Opposition gegangen und kämpfen Seite an Seite mit den Liberalen gegen das bestehende Regime. Ihr Ansturm richtet sich immer unverhüllter gegen die Person Horthys. Auch in der Partei der kleinen Landwirte sind die Gegensätze groß. Der rechte Flügel, der Horthy unterstützt, hat neuerdings die Parole „Agrar-Demokratie“ als Losung für die künftige Politik Ungarns ausgegeben, während der linke Flügel nunmehr offen mit seinen republikanischen Tendenzen hervortritt und durch den Mund des Abgeordneten Nagy die Forderung der republikanischen Staatsform auch in der Nationalversammlung laut werden ließ. Bei dieser unklaren und völlig verfahrenen politischen Situation ist auch dem neuen Kabinett Bethlen keine lange Lebensdauer zu prophezeien.

Churchill für Sachwerte oder Arbeitsleistung

Eigene Drahtmeldung

rs. London, 30. November. Minister Churchill hat gestern in einer Rede ausgeführt, die Sachverständigen Englands, Frankreichs und Deutschlands seien zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Bezahlung eines Landes an ein anderes nur in der Form von Sachwerten oder Arbeitsleistung ausgeführt werden könnte. Es müsse zur Erledigung der europäischen Fragen ein dreiseitiges Abkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland geschaffen werden.

Die Tariferhöhung bei der Straßenbahn

Am 1. Dezember tritt eine Erhöhung der Dresdner Straßenbahnfahrpreise in Kraft, die alle bisherigen Erhöhungen [illegible] für grundlos. Der Preis für den Einzelfahrschein wird verdoppelt; er erhöht sich je nach der Entfernung von 1 M., 1,25 M. und 1,50 M. auf 2 M., 2,50 M. und 3 M. und beträgt für Anfahrten [illegible] 3 M. [illegible] Tarif [illegible] Kartenpreise, [illegible] als die gelegentlichen Benutzer der Straßenbahn. So steigt der Preis der [illegible] Karten von 10 auf 18 M.; auf eine Fahrt kommen demnach 1,63⅓ M. Die Wer-Monatskarten sollen in Zukunft statt 20 M. 36 M. oder 1,44 M. für eine Fahrt [kosten]. Die sogenannten Arbeiterfahrkarten mit 12 Einzelfahrten werden statt 9,50 M. künftig 18 M. [kosten], [illegible] 1,38⅓ M. für jede Fahrt. Die Preise für 10er-Kinderkarten erhöhen sich von 4,50 auf 8 M. oder auf 80 Pf. und für 10er-Schüler- und Lehrlingskarten von 25 auf 21 M. oder auf 56 Pf. für die Einzelfahrt. Neu eingeführt wurden Monats- und Wochenkarten zum Umsteigen, die Monatskarten für [illegible] Umsteigefahrten für Erwachsene zu 75 M. und für Schüler und Lehrlinge zu 30 M., die Arbeiterwochenkarten für 12 Umsteigefahrten zu [illegible] M., so daß eine Fahrt auf zwei Linien im ersten Falle 2,50 M., im zweiten 1,25 M. und im dritten 2 M. kosten wird. Die städtischen Körperschaften haben sich [illegible] bemüht, besonders [illegible] Arbeiter, Schüler und Lehrlinge die Fahrpreiserhöhung so gering als möglich zu bemessen und die [illegible] Schülern so viel als möglich zu schonen.

Trotzdem erscheint vielen die neue Fahrpreiserhöhung noch als ganz ungeheuerlich und mancher fragt, ob sie sich nicht hätte vermeiden oder wenigstens verringern lassen. Demgegenüber muß gesagt werden, daß die seit dem Kriege eingetretene ständig fortschreitende Geldentwertung und besonders der geradezu katastrophale Sturz der deutschen Mark in den letzten Monaten auch auf die Gemeinden und die gemeindlichen Einrichtungen von [illegible] Wirkung gewesen sind.

Die durch diese Geldentwertung hervorgerufenen Preissteigerungen zogen besonders die werbenden Unternehmungen der Städte schwer in Mitleidenschaft und verwandelten sie in vielen Fällen aus früheren Ueberschußpositionen in Zuschußpositionen. Das gilt in erster Linie auch von den Straßenbahnen. Wenn wir hören, daß 1 Kilogramm Rillenschienen von 11 auf 377 Pf. oder auf das 25fache, ein Kilogramm Zement von 16 auf 700 Pf. oder auf das 44fache, ein Kilogramm Zement von 5 auf 63 Pf. oder auf das 32fache, eine Bauschwelle von 134 Pf. [auf] 120 M. oder auf das 24fache, ein Kilogramm Kupfer [illegible] auf 70 M. oder auf das 45fache, ein Kubikmeter Eichenholz von 118 auf 3000 M. oder auf das 25fache und ein Kilogramm Schmieröl von 30 Pf. auf 26 M. oder auf das 87fache gestiegen ist, dann wird man es schließlich doch erklärlich finden, daß die Straßenbahn zu immer wiederholten Fahrpreiserhöhungen gezwungen war. Es kommt noch hinzu, daß die Wagen in der Kriegszeit bis zum äußersten ausgenutzt wurden, daß der Bahnkörper Belastungsproben aushalten mußte, die weit über das normale Maß hinausgingen, und daß trotz dieser bis an die äußerste Grenze des Zulässigen und Erträglichen gehenden Aus- und Abnutzung der Wagen und Gleise doch während des Krieges nichts zur Ergänzung und Erneuerung des verbrauchten Materials getan werden konnte. Das Versäumte muß jetzt nachgeholt werden, wenn der ganze Betrieb nicht gefährdet und schwer geschädigt werden soll, so daß der Bedarf der [illegible] und dem Ersatz nötigen Materialien [illegible] Preise heute viel größer ist als in den [illegible] normalen Zeiten vor dem Kriege [illegible] Kostenkosten. Diese Tatsachen allein würden eine [illegible] um das Vielfache der früheren Sätze begründen und rechtfertigen.

Aber es kommt ja noch hinzu, daß natürlich auch die Löhne und Gehälter des Straßenbahnpersonals der Teuerung entsprechend ständig erhöht werden mußten. Im September 1921 stiegen die Teuerungszulagen auf die Gehälter des beamteten Personals [illegible] entsprechend den Steigerungen im Reiche und im Lande von den bisherigen 70 Proz. der Grundlöhne um 25 auf 95 Proz.; die Bezüge des nichtbeamteten Personals mußten diesen Sätzen natürlich angepaßt werden. Der vom Reichstage am 11. November beschlossene Umbau des Besoldungssystems war gleichbedeutend mit einer weiteren Steigerung der Gehälter und Löhne, die wieder grade die Gemeinden und die gemeindlichen Betriebe vor eine neue schwere Belastungsprobe stellt. Die am 1. August in Kraft getretenen Lohnsteigerungen bedeuteten für unsere Straßenbahn eine Mehrausgabe von 10 Millionen, die letzten Lohnerhöhungen, die vom 1. Oktober rückwirkend gewährt wurden, von weiteren 21 Millionen Mark. Wenn für diese 31 Millionen Mark Mehraufwand nicht die nötige Deckung beschafft worden wäre, dann würde sich der Fehlbetrag der Straßenbahn, der bereits in den letzten beiden Jahren als Folge der geschilderten Steigerung der Materialpreise und des rückwirkenden Charakters der früheren Lohn- und Gehaltserhöhungen eingetreten ist und der sich 1919 auf 9 und 1920 auf 16, zusammen also auf 25 Millionen bezifferte, auf rund 60 Millionen Mark in die Höhe getrieben worden sein. Das hätten aber die städtischen Körperschaften unter keinen Umständen verantworten können und daher mußten sie notgedrungen und im Bewußtsein ihrer Verantwortung für den geordneten Fortgang des Betriebes zu einer durchgreifenden Tariferhöhung kommen.

Von dieser Steigerung der Fahrpreise wird unter Berechnung einer gewissen Abwanderung von Fahrgästen, die nach jeder Tariferhöhung zu beobachten war, die sich aber nach und nach wieder ausglich, eine die Mehraufwendungen [illegible] deckende Mehreinnahme erwartet. Dadurch würde wenigstens das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt werden. Wenn außerdem noch der bisherige Fehlbetrag, der natürlich verzinst werden muß, zunächst in einem

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211130/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG